



Gegen Rassismus und Staatsgewalt!

Abschiebeknäste wie hier in Glasmoor, aber auch an anderen Plätzen in der BRD sind

eines der am meisten ins Auge fallenden Wahrzeichen der hiesigen rassistischen Politik. Den hier teilweise monatelang inhaftierten Menschen wird selbst staatlicherseits kein Verbrechen oder Ähnliches sondern nur eines vorgeworfen, ihr bloßer Aufenthalt in diesem Lande. Letzteres scheint jedoch für die politisch Verantwortlichen und nicht unbeträchtliche Teile der Bevölkerung Grund genug zu sein, mit bürgerlich-demokratischen Grundsätzen (keine Strafe ohne Verurteilung zu einem Delikt) zu brechen. Alle Abschiebegefangenen sind daher auch als politische Gefangene anzusehen und bedingungslos und sofort freizulassen!

Hier wie auch anderswo werden auf symbolischer Ebene politische Probleme durch die repressive Behandlung der Betroffenen angegangen. Staatliche Maßnahmen werden gegen diejenigen ergriffen, welche sich selbst nicht wehren können, ohnehin an den Rand gedrängt sind und kaum eine Lobby haben. Außerdem wirken derartigen Praktiken auch als Drohung gegen Menschen, gar nicht erst in die BRD einzureisen, um sich Inhaftierung, eine entwürdigende Behandlung und zum Teil Übergriffe durch das Anstaltspersonal zu ersparen.

“die Guten ins Töpfchen ...”

Die hiesige Einwanderungspolitik zeichnet sich durch das Aussieben der betroffenen Menschen in “Verwertbare” wie IT-ExpertInnen, InvestorInnen und ausbeutbare Arbeitskräfte und in “Unnütze”, welche es abzuschieben gilt, aus. Von letzterem werden alle diejenigen betroffen sein, deren Fähigkeiten gerade nicht benötigt werden und alle, die sich nicht ausbeuten lassen wollen. Die Folge werden mehr Abschiebungen, mehr Abschiebeknäste oder Aushungerprojekte wie das Projekt X in Niedersachsen und ein rasantes An-

steigen der Zahl von unter widrigsten Bedingungen in der Illegalität lebenden Menschen sein. Gleichzeitig nimmt die Absicherung der EU-Grenzen nach außen zu – mit zuweilen tödlichen Folgen für MigrantenInnen.

Nach den verbrecherischen Anschlägen vom 11.09. 2001 hat die gegen politische Flüchtlinge aber auch gegen andere “Nichtdeutsche” gerichtete Paranoia zugenommen, bei ihnen könne es sich um potentielle “Schläfer” oder andere UnruhestifterInnen handeln. StaatsbürgerInnen sollen nur noch verfassungstreue Menschen werden können, dafür nimmt sich der Staat das Recht heraus, selbst anerkannte AsylbewerberInnen in Folter und Tod abschieben zu können, wenn es die “höheren” Interessen der BRD erfordern. Ein Vorgeschmack darauf bietet die im letzten Herbst angelaufene Rasterfahndung; Tausende Studierende wurden überprüft und teilweise zu weiteren Maßnahmen vorgeladen. Begründung hierfür war entweder bisher “nichtdeutsch und auffällig” oder “nichtdeutsch und unauffällig” gewesen zu sein. Das DenunziantInnen-tum feiert dabei fröhliche Urstände.

Rassistische Staatsgewalt

Gegenüber Menschen, welche als nicht “deutsch” definiert werden, scheinen sich staatliche Stellen, in Hamburg, wie überall immer weitgehendere Freiheiten herausnehmen zu können. Der Tod des 19jährigen Achidi John in Folge der zwangsweisen Einflößung von Brechmittel ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Menschen mit dunkler Hautfarbe scheinen unter Generalverdacht zu stehen, werden in den Medien als Intensivdealer stigmatisiert und dienen Spießherren aller Art als Objekte, auf welche sie alles Schlechte der Welt projizieren können. Polizei und andere staatliche Institutionen exekutieren dabei die in der Bevölkerung reichlich vorhandenen Ressentiments und fallen auch hier wieder hinter Standards der bürgerlichen Revolution zurück. Physische Gewalt

zur Erzwingung von Schuldigkeit (Folter) und Bestrafungen ohne Nachweis irgend einer Schuld werden, ohne dass sich intensiverer Widerstand regt, als normal hingenommen.

Aufstand der Anständigen?

Im „Aufstand der Anständigen“ von Bundeskanzler Schröder, bürgerlichen PolitikerInnen und der herrschenden Klasse ging es um den Wirtschaftsstandort Deutschland, dessen Ansehen in der Welt und das alleinige Recht des Staates, Rassismus zu exekutieren. Kaum einer der Anständigen ging gegen Abschiebeknäste, Brechmittelvergabe oder Rasterfahndung auf die Straße, dies bleibt im Wesentlichen den „Unanständigen“, d.h. der radikalen Linken vorbehalten. Gegen diese „Unanständigen“ setzt der Staat, wie bei einigen gegen den Abschiebeknast Glasmoor aktiven Menschen dann auch sein repressives Instrumentarium ein.

Um etwas an dieser Situation zu verändern ist es notwendig, dass sich eine vom Staat und bürgerlichen Parteien unabhängige Bewegung gegen Repression und Rassismus bildet. Dazu müssen nicht nur die ohnehin an den Themen arbeitenden Gruppen sich zusammenschließen; die Gewerkschaftslinken, Friedensinitiativen,

kritische Arbeitslosengruppen, linke SchülerInnen- und StudentInnenorganisationen, etc. müssen ebenfalls Teil dieser Bewegung sein und sich diese Themen zu eigen machen, um den für Veränderungen notwendigen Druck aufbauen zu können. Dabei wird es dann unumgänglich sein, die kapitalistische Verwertungslogik und den diese stützenden bürgerlichen Staat selbst in Frage zu stellen.

Kämpfen wir gemeinsam gegen Repression und Rassismus und für die folgenden Ziele

- **Offene Grenzen für alle!**
- **Volle politische und soziale Rechte für MigrantInnen und Flüchtlinge – gegen rassistische Gesetze und Praktiken!**
- **Kein Abbau demokratischer Rechte!**
- **Freiheit für alle politischen Gefangenen!**
- **Für eine Gesellschaft ohne (Abschiebe-)Knäste!**
- **Die Festung Europa zum Einsturz bringen!**

Die nächste RSB-Veranstaltung in Hamburg: **Das andere Amerika - Stoppt den Krieg, Freiheit für Mumia!** Es referiert Steve Bloom aus New York – Sonntag, 03.03. 2002, 16:00 Uhr, Autonom Leben, Langenfelder Str. 35 (Nähe S-Bahn Holstenstr.)



Wer wir sind und was wir wollen:

Der Revolutionär-Sozialistische Bund ist Teil der von Leo Trotzki und anderen revolutionären MarxistInnen 1938 gegründeten IV. Internationale. Diese ist in über 50 Ländern aktiv und hält die grundlegenden Probleme der Welt im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete, internationale und sozialistische Räteredemokratie an, welche die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beendet.

Deshalb tritt der RSB aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen der Linken für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen des Proletariats ein. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus und jede Form von Diskriminierung und kämpft für die politische rechtliche und soziale Gleichstellung aller Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen, revolutionären Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. Wenn ihr Fragen habt, mit uns diskutieren wollt oder bei uns mitarbeiten möchtet, dann meldet euch doch mal!

Revolutionär-Sozialistischer Bund / IV. Internationale (RSB)

RSB-Hamburg c/o Gerlef Gleiss, Steinwegpassage 6, 20355 Hamburg, hamburg@rsb4.de / www.rsb4.de